

02/2022

fdplus

DIE ZEITEN ÄNDERN SICH WIRD

BUNDESPARTEITAG

Entschlossenes Bekenntnis zu einer wehrhaften Demokratie

ENTLASTUNGEN

Wir entlasten die breite Mitte

CORPORATE DESIGN

Wir haben unsere Gestaltungsrichtlinien aktualisiert

DIE ZEITEN ÄNDERN WIR.



Marie-Christine Götz
Leiterin Kommunikation &
Kampagne der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,
seit mehr als 100 Tagen führt Russland seinen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg mitten in Europa hat unser Bewusstsein für die Verwundbarkeit der liberalen Demokratien in Deutschland und Europa schockartig geschärft. Plötzlich wurde ganz anders über die Wehrhaftigkeit unseres Landes gedacht und gesprochen. Wir Freie Demokraten waren die erste Partei in Deutschland, die angesichts der neuen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Autoritarismus eine umfassende politische Agenda für eine wehrhafte liberale Demokratie vorgelegt hat. So ging von unserem Bundesparteitag ein geschlossenes Bekenntnis aus, unser Land militärisch, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich widerstandsfähiger zu machen.

Unsere Regierungsverantwortung nutzen wir, um diese „Resilienz-Agenda“ in die Tat umzusetzen. So ist das kürzlich vom Bundestag beschlossene 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr unsere Antwort auf die sicherheitspolitische Zeitenwende. Parteichef und Finanzminister Christian Lindner hatte das Sondervermögen ursprünglich ins Spiel gebracht und maßgeblich verhandelt. Mit dem Sondervermögen gelingt es uns, gleichzeitig in historischem Umfang in die vernachlässigte Bundeswehr zu investieren, ohne dabei die Steuern zu erhöhen oder die Schuldenbremse aufzuweichen – zwei zentrale Leitplanken unserer Regierungsbeteiligung. Liberale Politik in Zeiten von Krieg und Krisen, das ist der Schwerpunkt dieses neuen Heftes.

Ihre

Marie - Christine Götz

04 MELDUNGEN

05 FREIHEIT SICHERN UND WERTE SCHAFFEN

Der neu gewählte Generalsekretär Bijan Djir-Sarai über die Beschlüsse und Signalwirkungen des letzten Bundesparteitags.

10 PIONIERARBEIT SEIT 2014

Was macht eigentlich eine Ombudsperson? Christopher Gohl berichtet von seiner Arbeit.

12 LIBERAL BLEIBEN – GERADE JETZT!

Rechtsstaatlichkeit ist ein hohes Gut, das wir auch in Zeiten des Krieges verteidigen müssen.

13 MAN KANN NICHT NICHT KOMMUNIZIEREN

Wir haben die FDP-Gestaltungsrichtlinien aktualisiert und modernisiert.

14 GESTALTUNGSLEITFADEN DER FREIEN DEMOKRATEN

Das Gestaltungsupdate auf einen Blick als Poster zum Heraustrennen.

15 NIEDERSACHSEN BEWEGT SICH

Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben gewählt. Die FDP Niedersachsen zeigt, was besser werden muss.

17 MIT ENTLASTUNGEN DURCH DIE KRISE

Im Kampf gegen die Inflation entlasten wir die breite Mitte und kehren 2023 zur Schuldenbremse zurück.

19 LIBERALE VERKEHRSPOLITIK: BESTE MOBILITÄT FÜR ALLE

Bundesverkehrsminister Volker Wissing orientiert sich an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen.

21 FLUCHT AUS DER UKRAINE: WILLKOMMEN IN MAGDEBURG

Ein FDP-Mitglied hat Geflüchtete aufgenommen.

23 ARBEIT AUS DER PARLAMENTARISCHEN MITTE

Der Krieg in der Ukraine, Inflation und Investitionen: die FDP-Fraktion vor neuen Herausforderungen.

25 THE GOOD, THE BAD AND THE UGLY: SOZIALE MEDIEN IM KRIEG

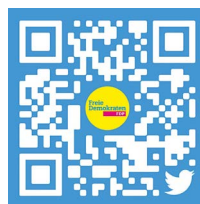
Sind Plattformen wie Facebook, Twitter oder Telegram außer Rand und Band? Eine differenzierte Betrachtung.



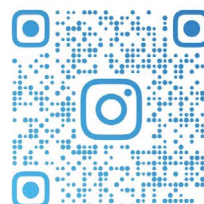
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp



01 HAPPY BIRTHDAY FDP NIEDERSACHSEN

Am 28. Mai 1947 schlossen sich liberale Kräfte in Niedersachsen zu einem Landesverband der Freien Demokraten zusammen. Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner erklärte in seiner Rede zum Jubiläum, er sei stolz, „Mitglied einer so traditionsreichen Partei wie der FDP zu sein“. Die FDP Niedersachsen habe in dem Dreivierteljahrhundert ihres Bestehens und in 25 Jahren in Regierungsverantwortung das Land geprägt. „Mit ihrem Einsatz für Freiheit, Wohlstand und Bürgerrechte hat sie sich verdient gemacht – um unsere gesamte Partei, aber vor allem um das Land Niedersachsen.“

02 INNOVATIONEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Soziale und technologische Innovationen, Wissenstransfer und Start-up-Förderung – das sind die Ziele der Deutschen Agentur für Transfer (DATI). Laut vorgestelltem Konzept soll DATI angewandte Forschung an Hochschulen, kleinen und mittleren Universitäten sowie mit diesen verbundene Netzwerke fördern. „Die DATI stärkt regionale Transfer- und Innovationssysteme. Wir ermöglichen unseren Unternehmen im regionalen Verbund Forschung und Innovation“, erklärt Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Mit Gründung der Agentur wird ein Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt.



Foto: BMBF / Rickel



03 VORSITZENDE DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE NEU EINGESETZT

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse neu eingesetzt. Auch mit Regierungsbeteiligung wird sich die FDP programmatisch und organisatorisch kontinuierlich weiterentwickeln. Denn der Erfolg der kommenden Jahre hängt auch von kompetentem Führungspersonal und einer lebendigen, attraktiven Parteistruktur ab. Die acht Frauen und neun Männer, die den Bundesfachausschüssen seit Mai vorsitzen, werden einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Das gilt selbstverständlich auch für die Kommission „Freiheit und Ethik“, die wieder von Dr. Christopher Gohl geleitet wird.



FREIHEIT SICHERN UND WERTE SCHAFFEN

Bei unserem Parteitag haben wir ein entschiedenes Bekenntnis zur Verteidigung von Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgesandt. Außerdem haben die Delegierten wichtige Personalentscheidungen getroffen.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Mit den Beschlüssen und den Diskussionen auf unserem 73. Ordentlichen Bundesparteitag haben wir Freie Demokraten starke inhaltliche Akzente gesetzt und wichtige Positionierungen zu den aktuell wichtigsten und drängendsten Herausforderungen vorgenommen. Getreu dem Motto des Parteitags „Die Zeiten ändern wir“ haben wir einmal mehr bewiesen, dass wir als eigenständige politische Kraft der Mitte Antworten auf zentrale Fragen der Zeit formulieren und verantwortungsbewusst und gestaltend unsere Rolle als Teil der Bundesregierung wahrnehmen. Die derzeit oft beschworene Zeitenwende beeinflusst die politische Agenda nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und sogar darüber hinaus. Wir spüren diese Veränderungen bis in unser alltägliches Leben hinein. Umso dringender müssen wir als Partei der

Freiheit und des Fortschritts den daraus entstehenden Handlungsdruck aufnehmen und unsere Leitlinien in den gesellschaftspolitischen Diskurs einbringen.

WIR STEHEN AN DER SEITE DER UKRAINE

Die Ukraine durchlebt derzeit eines der dunkelsten Kapitel ihrer Geschichte, nachdem Russland seit dem 24. Februar einen brutalen Angriffskrieg gegen das Land führt. Berichte und Bilder über Massaker der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung – Kriegsverbrechen der schrecklichsten Art – haben sich bereits auch in unser Gedächtnis eingebrannt. Die Freien Demokraten verurteilen diesen Krieg gegen die Ukraine aufs Schärfste und stehen in fester Verbundenheit an der Seite der Ukraine-

rinnen und Ukrainer. Wir haben diese Position mit einem eigenen Beschluss auf dem Bundesparteitag deutlich und unmissverständlich unterstrichen. Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Recht auf territoriale Integrität und bei der Ausübung des legitimen Rechts auf militärische Selbstverteidigung.

ALLES TUN, UM DER UKRAINE ZUM SIEG ZU VERHELFFEN

Dies unterstrich auch unser Parteichef Christian Lindner in seiner Rede. Er wurde aufgrund einer Corona-Infektion digital aus Washington zugeschaltet. Er plädierte unter anderem für eine schärfere Gangart gegen Putin. Denn unter ihm kann es kein normales Miteinander mit Russland geben, daher muss das Land politisch, finanziell und wirtschaftlich vollständig isoliert werden. Der Bundesparteitag hat in seinem Beschluss „Frieden, Freiheit und eine europäische Perspektive für die Ukraine“ auch deutlich Position zur viel diskutierten Forderung nach Lieferung schwerer Waffen bezogen. Diese wird vom Parteitag im Rahmen dreier Leitsätze unterstützt. Im Rahmen dreier Leitsätze unterstützt der Parteitag die Forderung: Erstens handelt Deutschland in Absprache mit seinen Verbündeten, zweitens dürfen Waffenlieferungen unsere eigene Verteidigungsfähigkeit nicht gefährden und drittens muss immer klar sein, dass Deutschland nicht Kriegspartei werden darf. Christian Lindner sprach sich dafür aus, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um der Ukraine zum Sieg zu verhelfen. Er verwies auf die verantwortungsethische Grenze, die erreicht ist, wenn unserer eigenen Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit des Territoriums der NATO gefährdet ist. Was aber im



Rahmen dieser Kriterien möglich ist, das muss pragmatisch, schnell und gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern umgesetzt werden.

LIEFERABHÄNGIGKEITEN ÜBERWINDEN

Der Parteitag hat weitere starke Signale gesetzt, indem unmissverständlich das Ziel formuliert wurde, die Abhängigkeit Deutschlands bei Lieferungen von Rohstoffen und im Energiebereich schnellstmöglich zu überwinden. Im Einklang mit den Institutionen der Europäischen Union wollen wir der Ukraine außerdem eine EU-Beitrittsperspektive eröffnen. Dieser Beschluss zum Ukrainekrieg und seinen schrecklichen Folgen unterstreicht: Freie Demokraten sind Anwalt für Freiheit, Demokratie und die Bürger- und Menschenrechte.

DEUTSCHLANDS WIDERSTANDSFÄHIGKEIT NACH INNEN UND AUSSEN STÄRKEN

Ganz im Zeichen der Zeit stand beim Bundesparteitag auch unser Leitantrag „Freiheit sichern, Werte schaffen – für eine wehrhafte Demokratie in Deutschland und Europa.“ Im Mittelpunkt die Fragen: Welche innen- und außenpolitischen Maßnahmen und Konzepte halten wir Freie Demokraten vordringlich für nötig, um künftig Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu erhalten? Wie stärken wir die Resilienz Deutschlands, also unsere politische Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit nach innen und nach außen? Mit den Positionierungen des Leitantrags haben wir uns das Ziel gesetzt, dem tiefgreifenden Wandel, in der sich die Welt nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine befindet, Rechnung zu



tragen. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen unserer Zeit berührt der Antrag die Bereiche Sicherheit und Verteidigung, Energieversorgung, Wirtschaft und Finanzen, die sogenannte kritische Infrastruktur sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Wir stehen hinter der Modernisierungsoffensive für die Bundeswehr und das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen. Bei der Energieversorgung setzen wir auf schnellstmögliche Unabhängigkeit von Russland – technologieoffen, ideologiefrei und faktenbasiert. Unter dem Leitsatz „Wohlstand durch soziale Marktwirtschaft und stabile Finanzen“ thematisiert unser Leitantrag den Systemwettbewerb mit Diktaturen und Autokratien, Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende, dem Klimaschutz, der Entwicklung der Inflation, aber auch in der Finanzpolitik. Es ist die FDP, die nach wie vor Themen wie die Schuldenbremse, solide Staatsfinanzen, das Verhindern von Steuererhöhungen und den Abbau von Subventionen im Blick behält. Denn auch im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich schlummern Bedrohungen für die Freiheit unserer Gesellschaft.

DER FORTSCHRITT STEHT IM MITTELPUNKT DER REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Wir sind nicht mehr die außerparlamentarische Opposition und wir sind auch nicht mehr in der Opposition im Deutschen Bundestag. Wir sind nun Teil einer Regierungskoalition. In diesem Sinne wollen wir uns positionieren und uns programmatisch für die Zukunft aufstellen. Wir wollen als einzige liberale Kraft in Deutschland unseren Teil zur Modernisierung und Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft beitragen.

Die Ziele des Koalitionsvertrages haben sich nicht geändert. Was sich geändert hat, sind einige Rahmenbedingungen. Entscheidungsprozesse sind komplexer geworden. Wir haben es hier mit komplizierten und viel-



schichtigen Entwicklungen zu tun, die Herausforderungen auf vielen Ebenen mit sich bringen. Doch wir Freie Demokraten reagieren auf diese Herausforderung.

Ob Verteidigung, äußere und innere Sicherheit, Infrastruktur, soziale Marktwirtschaft, Freihandel oder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Wir sind uns als Freie Demokraten unserer großen Verantwortung bewusst und motiviert, an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten.



Wir wollen Deutschland weiter zukunftsfest gestalten und die Abwehrkräfte des Landes stärken. Mit den Beschlüssen des 73. Ordentlichen Parteitags haben wir die Fundamente dafür gelegt, auf denen wir durch unsere politische Arbeit nun weiter aufbauen können!



DAS WAR DER 73. ORDENTLICHE BUNDESPARTEITAG

In Bildern

fdp.de/bilderbpt22



Als Video

fdp.de/videobpt22



Als Bericht

fdp.de/berichtbpt22



**FREIHEIT SICHERN, WERTE
SCHAFFEN – FÜR EINE
WEHRHAFT LIBERALE
DEMOKRATIE**



Wir wollen unseren Regierungsauftrag dafür nutzen, unsere Demokratie zu stärken. Dafür brauchen wir eine modern ausgestattete Bundeswehr, eine krisensichere Infrastruktur und stabile Finanzen.

**MITGLIEDERANTRAG:
ALLE BEHÖRDEN
BIS 2025 DIGITALISIEREN!**



Erstmals bei einem Bundesparteitag wurde auch der „Mitgliederantrag“ beraten. Bei der vorherigen Abstimmung der FDP-Mitglieder über den Mitgliederantrag hatte eine Mehrheit der 3.000 Abstimmungsteilnehmer für eine Initiative der FDP Bayern zur Digitalisierung der Behörden bis 2025 votiert. Denn spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie dringlich die Digitalisierung der deutschen Verwaltung ist – und wie weit Deutschland hierbei im internationalen Vergleich noch zurückhängt. Daher wollen wir diese Legislaturperiode prioritär nutzen, um die deutschen Behörden bis 2025 vollständig zu digitalisieren.

**FRIEDEN, FREIHEIT
UND EINE EUROPÄISCHE
PERSPEKTIVE FÜR DIE
UKRAINE – 11 FORDERUNGEN
DER FREIEN DEMOKRATEN**



Wir fordern die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Denn die Ukraine muss bei der Abwehr des russischen Angriffskrieges wirksam unterstützt werden.

**PARTEITAGS-
BESCHLÜSSE**

**DIE KÜSTE ÜBERNIMMT
VERANTWORTUNG –
SOFORTMASSNAHMEN FÜR
DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT
IN DEUTSCHLAND**



An der deutschen Küste gilt es, bundesweit bedeutsame Potenziale zu nutzen und Chancen für die Versorgungssicherheit der gesamten Bundesrepublik zu ergreifen. Daher wollen wir die Reserven an fossilen Energieträgern erschließen, den Bau von LNG-Terminals vorantreiben sowie vermehrt auf Gasspeicher, Wasserstoff und Offshore-Windenergie setzen.

**EINE LIBERALE
BAFÖG-REFORM –
ECHTE BILDUNG FÜR ALLE**



Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode ein elternunabhängiges BAFÖG auf den Weg bringen. Studierende sollen analog zum bisherigen Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag der Eltern einen monatlichen Sockelbetrag von 200 Euro erhalten. Ein monatlich anpassbares, zinsfreies und erst bei gutem Einkommen rückzahlbares Darlehen mit einkommensabhängiger Tilgungsrate soll die finanzielle Flexibilität sichern.

WAHLERGEBNISSE

Obwohl an diesem Bundesparteitag keine turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes anstand, mussten dennoch einige Posten nachbesetzt werden. Von den Delegierten gewählt wurde Bijan Djir-Sarai als neuer Generalsekretär und als Schatzmeister Michael Georg Link. In den Bundesvorstand sind drei neue Mitglieder nachgerückt: Renata Alt, Susanne Schütz und Franziska Brandmann. Ebenfalls neu gewählt wurden die Delegierten für den Rat der ALDE, die liberale Allianz auf europäischer Ebene. Alexander Graf Lambsdorff, Michael Georg Link und Nicola Beer wurden mit den meisten Stimmen als Delegierte bestimmt.



Bijan Djir-Sarai
Generalsekretär

Mit 89 Prozent der Stimmen wurde der Außenpolitiker von den Delegierten zum Generalsekretär gewählt. Das Amt hatte er bereits seit Dezember kommissarisch inne. Der aus dem Iran stammende Bundestagsabgeordnete aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen folgt auf Volker Wissing, der in der Bundesregierung Minister für Digitales und Verkehr ist.



Michael Georg Link
Bundesschatzmeister

Als Nachfolger für Bundesschatzmeister Harald Christ wurde der Europapolitiker Michael Georg Link mit 95 Prozent der Stimmen gewählt. Er trat 1986 in die FDP ein und ist seit 2010 Mitglied des Bundesvorstands sowie seit 2017 europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Link kann sich über einen gut geführten Haushalt freuen: Das Jahr 2020 könne man „guten Gewissens“ als das „für die Finanzen der Gesamtpartei bedeutsamste der letzten gut zwei Jahrzehnte bezeichnen“, hatte Christ zuvor erklärt.



Renata Alt
Bundesvorstand

Neu in den Bundesvorstand wurde die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Renata Alt, gewählt. Die Diplom-Chemieingenieurin wurde in der ehemaligen Tschechoslowakei geboren und war im Außenhandel sowie im Prager Außenhandelsministerium tätig, bevor sie als Attachée der Tschechoslowakei nach Deutschland kam. Seit 2017 ist sie Mitglied im Deutschen Bundestag.



Susanne Schütz
Bundesvorstand

Ebenfalls neu in den Bundesvorstand gewählt wurde die niedersächsische Landtagsabgeordnete Susanne Schütz. Die ehemalige Architektin ist seit 1987 Mitglied der Freien Demokraten und seit 2017 Mitglied des Niedersächsischen Landtags sowie Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Bau.



Franziska Brandmann
Bundesvorstand

Die Vorsitzende der Jungen Liberalen engagiert sich bereits seit 2009 bei der Jugendorganisation der FDP. 2010 trat sie dann auch den Freien Demokraten bei. Ihr Studium schloss sie 2020 mit einem Master in Europäischer Politik ab. Seitdem promoviert sie in Oxford über wehrhafte Demokratie. Brandmann ist in Münster geboren und in Grevenbroich aufgewachsen.

PIONIERARBEIT SEIT 2014

Wussten Sie schon, dass die FDP weltweit die erste Partei mit Ombudswesen war? Unser Ombudsmittglied Christopher Gohl erklärt, was das Amt so spannend und herausfordernd macht und warum es eine echte Bereicherung für die Partei ist.



DR. CHRISTOPHER GOHL
FDP-Ombudsmittglied

Herr Gohl, die meisten Mitglieder kennen Sie von Parteitage, bei denen Sie regelmäßig als Ombudsmittglied auf der Bühne stehen. Aber was macht ein Ombudsmittglied eigentlich? Ombudsleute sollen Organisationen für ihre Mitglieder besser machen. Ich will eine FDP, in der jedes Mitglied einen Unterschied für die Freiheit machen kann. Dafür müssen wir unser Leitbild „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ nach innen umsetzen. Organisatorisch, aber auch durch eine Kultur, die uns als „Mitmachpartei“ und „Programmpartei“ verwirklicht. Als Ansprechpartner für Mitglieder bei konkreten Problemen und Konflikten helfe ich, so gut es ehrenamtlich geht.

The Ombuds Blog schrieb mal, dass die FDP wohl die erste Partei der Welt gewesen sein müsste, die ein Ombudsmittglied berufen hat. Wie kam es dazu? In der Tat leisten wir damit seit 2014

Pionierarbeit für die Parteidemokratie. Zu verdanken haben wir das dem Vorbild der JuLis und dem Schock der APO.

Was ist für Sie die größte Baustelle der Parteientwicklung? Vielfalt ermutigen und ermöglichen! Aktuell sind vier von fünf Mitgliedern Männer. Wenn es nach den Neueintritten ginge, wären wir praktisch eine Monokultur von jungen Männern. Sie sind uns herzlich willkommen! Der Verlust an innerer Vielfalt ist jedoch dramatisch. Denn das schlägt durch darauf, wer sich bei uns wohlfühlt, was wir programmatisch fordern und wen wir für Ämter aufstellen – und das zeigt sich dann in sinkenden Wahlergebnissen.

Wie könnte mehr Vielfalt in der Partei etabliert werden? Konkret habe ich in meiner letzten Ombudsrede empfohlen, dass wir eine gute Freundin mit liberalem Geist fragen, was sie davon abhält, in die FDP einzutreten. Daran müssen wir dann echt arbeiten. Dann sollten sich die Männer klar machen, dass Frauen oft eine andere Partei als Männer erfahren. Dass sie Mist hören, den Männer nie hören und Grenzen bemerken, die Männern egal sind. Und wir sollten Parteiarbeit beteiligungsfreundlich organisieren: Nicht zu früh am Abend, nicht zu lang, auch mal morgens oder mittags, am besten mit digitaler Option. Aber wenn

wir's nur digital machen, verlieren wir viele Ältere. Sonntags Tabu. Dann: Zuhören. Daumenregel: Männer reden zu lang. Und schließlich: Diskutiert unter einem eigenen TOP in Euren Vorständen unsere Leitlinien liberalen Miteinanders.

Wo kann ich mir als Ortsverband Expertise zum Thema Vielfalt holen?

Es gibt von den AGs Parteientwicklung und „Chancen durch Vielfalt“ eine tolle Toolbox (fdp.de/toolbox), voll mit Anregungen für eine moderne und vielfältige Parteiarbeit.

Gibt es denn einen Unterschied zwischen Ombudsmittgliedern und Vertrauenspersonen?

Jein. Ombudsleute sind in allen Organisationen Vertrauenspersonen. Aber in der FDP haben wir 2019 beschlossen auf allen Ebenen zwei „Vertrauenspersonen“ zu benennen, an die sich Mitglieder mit ihren Anliegen wenden können. Je ein Mann und eine Frau. Zusammen mit der Bundesgeschäftsstelle versuchen wir so eine Art „Vertrauenswesen“ aufzubauen. Vertrauenspersonen sind aber im Gegensatz zu Ombudsmittgliedern nicht in den Satzungen verankert. Und ich habe zusätzliche Aufgaben in Berichtspflicht und Beschlusskontrolle.

Lesen Sie das vollständige Interview auf fdp.de/ombuds ■

Pfizer Werk Freiburg

Innovative Arzneimittel für den Weltmarkt „Made in Germany“



„Um in Deutschland Arzneimittel global wettbewerbsfähig zu produzieren, braucht es hohe Produktionsvolumen, Automation, ständige Innovation und hochqualifizierte Fachkräfte.“

Dr. Axel Glatz ist Pharmazeut und leitet das Pfizer Werk Freiburg.

Das Pfizer Werk in Freiburg im Breisgau ist eine der weltweit modernsten Produktionsstätten der pharmazeutischen Industrie. Im Jahr 2022 werden dort voraussichtlich 7,5 Milliarden Tabletten und Kapseln u. a. gegen COVID-19, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs hergestellt. Das Werk liefert die Arzneimittel an über 150 Länder. Rund 350 Millionen Euro hat Pfizer in den letzten fünf Jahren in den Ausbau des Standortes investiert. Heute arbeiten dort 1800 Beschäftigte.

[pfizer.de](https://www.pfizer.de)



LIBERAL BLEIBEN – GERADE JETZT!



Dr. Marco Buschmann
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister der Justiz

Wladimir Putins Angriff auf die Ukraine ist nicht nur ein Griff nach Land, Einflussphären oder Rohstoffen. Es ist ein Krieg gegen den Willen der Ukraine, liberale Demokratie zu sein. Wir stehen in diesen Zeiten also mitten in einer Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Autoritarismus.

In dieser Auseinandersetzung ist es elementar, dass wir das bleiben, was wir sind: eben liberale Demokratie. Wir müssen uns gerade im Konflikt an unsere eigenen Prinzipien halten. Recht und Freiheit verteidigt man nicht, indem man sie aufgibt. Wir tun alles, damit geschehene Kriegsverbrechen geahndet werden. Aber wir halten uns an die Anforderungen rechtsstaatlicher Prozesse. Wir sanktionieren Personen, die Putins System unterstützen. Aber wir tun es nach unseren rechtsstaatlichen Maßstäben. Wir dürfen russische Kunst und Kultur nicht pauschal verbannen. Denn es ist Putins Krieg, nicht Tschaikowskys oder Tolstois Krieg.



→ WIR MÜSSEN UNS AN UNSERE EIGENEN RECHTSSTAATLICHEN PRINZIPIEN HALTEN.

Wir halten auch an unserer liberalen Agenda fest. Wir wollen Deutschland freier, toleranter und moderner machen. Jetzt gilt es erst recht, die Freiheit zu stärken, Bürgerrechte auch im digitalen Raum zu schützen und eine moderne Gesellschaftspolitik etwa im Familien- und Abstammungsrecht zu betrei-

ben. Wenn wir diese liberale Agenda aufgeben oder auch nur zurückstellen würden, hätte Putin in seinem Krieg gegen die Freiheit schon ein Stück weit gewonnen. Das werden wir nicht zulassen. ■

MAN KANN NICHT NICHT KOMMUNIZIEREN

Design kommuniziert ohne Worte. Deshalb haben wir das Corporate Design der Freien Demokraten aktualisiert. Denn eine moderne Gestaltung unterstützt unsere Botschaften und die Wiedererkennbarkeit.



Michael Zimmermann
FDP-Bundesgeschäftsführer

Unsere Regierungsverantwortung nutzen wir dafür, unser Land stärker, moderner und freier zu gestalten. Zeitgleich entwickeln wir uns als Partei kontinuierlich weiter. Dieser Modernisierungsprozess soll sich auch in unserem Corporate Design (CD) zeigen. Daher haben wir Anpassungen vorgenommen, um weiterhin mit einer zeitgemäßen Außendarstellung in Verbindung gebracht zu werden.

WARUM EIN EINHEITLICHES CORPORATE DESIGN?

Ein gemeinsames visuelles Erscheinungsbild ist wesentlicher Bestandteil eines professionellen Markenauftritts. Festgelegte Merkmale wie Schrift, Farben und grafische Elemente ermöglichen eine einheitliche Wahrnehmung nach außen und innen. Alle Komponenten sind aufeinander abgestimmt: vom Logo über Social-Media-Beiträge bis hin zur Visitenkarte. Ziel des CD ist es, ein positives Bild zu erzeugen und so die Markenbildung zu stärken. Konsequenterweise umsetzen wir so unsere Sichtbarkeit und schaffen einen Wiedererkennungswert. So können Bürgerinnen, Interessierte sowie Journalisten den Content der Freien Demokraten auf den ersten Blick von dem anderer Parteien unterscheiden.

WAS IST NEU?

Wir haben uns bewusst für leichte Anpassungen anstatt eines großen Relaunchs entschieden. Viele unserer Gestaltungsrichtlinien sind auch heute noch modern und werden sofort mit den Freien Demokraten in Verbindung gebracht. Andere Elemente hingegen sind veraltet und genügen nicht mehr unseren Anforderungen an ein klares Design. Daher haben wir wo nötig geändert und wo möglich unser Design beibehalten.

Neu ist die Gewichtung unserer Farbpalette: Wir verzichten auf Cyan als Hauptfarbe und stärken damit unsere Erkennungsfarbe Gelb. Dadurch schaffen wir Platz für Magenta und Weiß. Die Akzentfarben rücken noch weiter in den Hintergrund. So ergeben sich weniger Farbkombinationen, wodurch eine höhere Lesbarkeit erreicht wird. Auch wechseln wir die Schriftart zu Variationen des Designklassikers „Futura“. Die exakten Variationen (auch Schriftschnitte genannt) stellt die Bundesgeschäftsstelle Ihrer Untergliederung kostenfrei ab Mitte Juni im Mitgliederportal zur Verfügung.

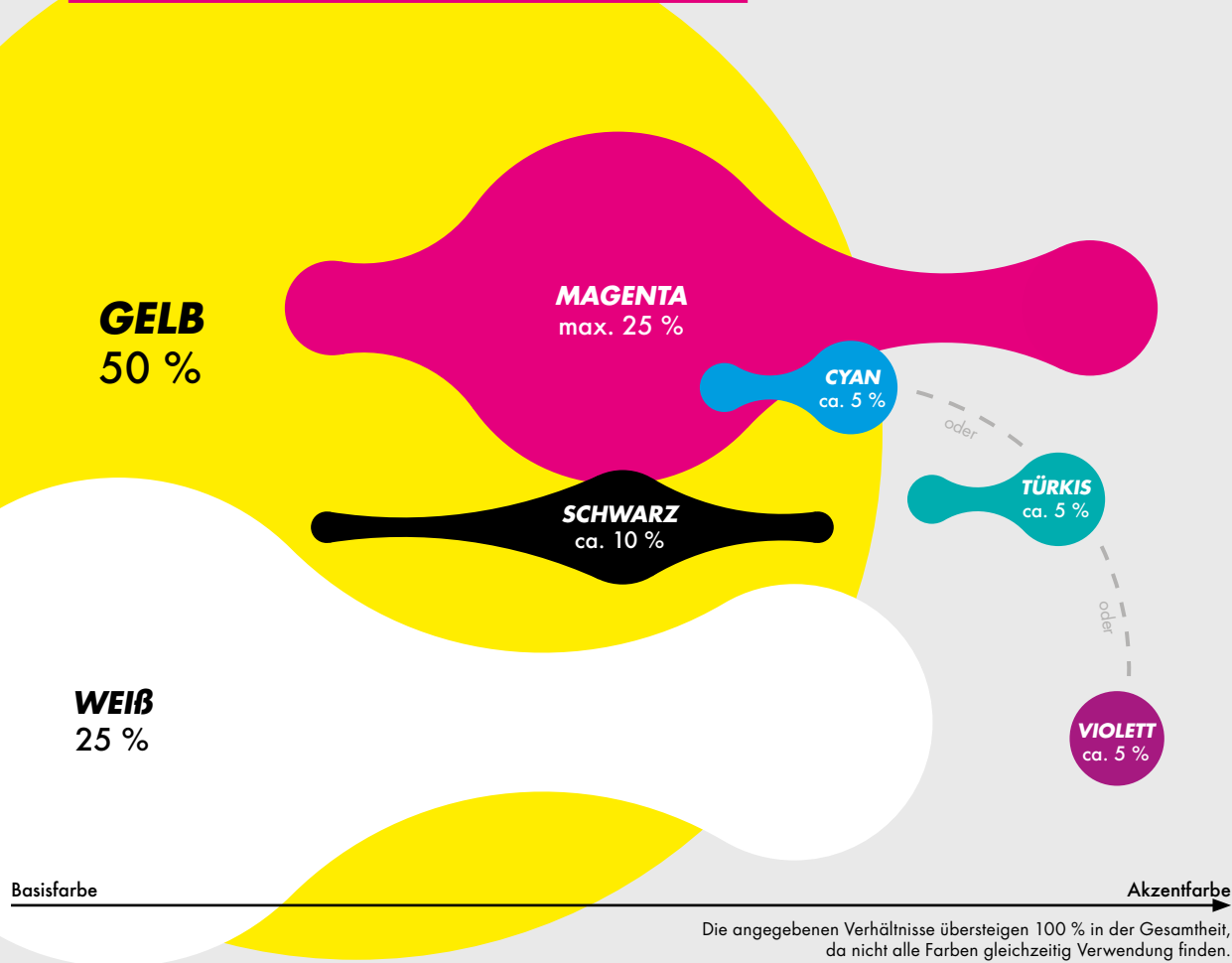
Auch neu in unserem CD sind Hinweise für die Bildkommunikation. Wer z. B. einen Social-Media-Beitrag von den Freien Demokraten sieht, soll schon anhand des Bildes erkennen können, um welchen Absender es sich handelt. Dafür haben wir einige Kriterien zusammengetragen.

Wir Freie Demokraten stehen für Freiheit, Toleranz und Vielfalt. Daher wollen wir alle Menschen ansprechen. Nicht nur mit unseren Posts, Flyern und Plakaten, sondern auch in der direkten Ansprache. Daher haben wir unser CD um eine Seite mit Tipps für inklusive und genderneutrale Sprache ergänzt.

DAS POSTER

In der Heftmitte finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Gestaltungsrichtlinien. Diese Seite können Sie sich aus der fdplus herauslösen und haben sie beim nächsten Designprojekt sofort griffbereit. Dabei soll und muss dieses Poster unvollständig bleiben. Den kompletten Leitfaden können Sie sich unter fdp.de/leitfaden ansehen und herunterladen. ■

GESTALTUNGSLITFADEN DER FREIEN DEMOKRATEN – AUF EINEN BLICK



GELB
CMYK RGB RAL SONDERFARBEN
C: 0 R: 255 1026 Pantone Gelb C
M: 0 G: 237
Y: 100 B: 0
K: 0 #FFED00



MAGENTA
CMYK RGB RAL SONDERFARBEN
C: 0 R: 229 4010 Pantone Magenta C
M: 100 G: 0
Y: 0 B: 125
K: 0 #E5007D

CYAN
CMYK RGB
C: 100 R: 0
M: 0 G: 158
Y: 0 B: 227
K: 0 #009ee3

SONDERFARBEN
Pantone Cyan C
RAL 5015*

TÜRKIS
CMYK RGB
C: 77 R: 0
M: 4 G: 171
Y: 36 B: 174
K: 0 #00abae

SONDERFARBEN
Pantone 7472C
RAL 6027

VIOLETT
CMYK RGB
C: 40 R: 165
M: 100 G: 2
Y: 0 B: 125
K: 0 #a5027d

SONDERFARBEN
Pantone 2355C
RAL 4006

SCHWARZ
C: 0 R: 0 RAL
M: 0 G: 0 9005
Y: 0 B: 0
K: 100 #000000

SONDERFARBEN
Pantone Black C



WEIß
C: 0 R: 255 RAL
M: 0 G: 255 9003
Y: 0 B: 255
K: 0 #ffffff



* nach Vorbild Pantone heller.

Logo unten rechts = Empfehlung zur Nutzung. Auf hellen Bildhintergründen Logo der weißen Variante, auf dunklen Bildhintergründen Logo der schwarzen Variante. Weitere Möglichkeiten und Darstellungsformen im ausführlichen Leitfaden.

WER WIR SIND

Wann immer möglich, setzen wir die Bezeichnung „Freie Demokraten“ ein. Das gilt für alle Medien sowie für alle öffentlichen Auftritte wie Reden, Interviews, etc.

Ausnahme: Bei Abbindern von Film- oder Funkformaten (d. h., wenn das Logo nicht sichtbar ist) oder bei Wahlaufufen nutzen wir zur deutlichen Kenntlichmachung des Absenders die Kombination „Freie Demokraten – FDP“.

Die offizielle Firmierung als „Freie Demokratische Partei“ wird nur dann verwendet, wenn sie genutzt werden muss. (Beispiel: Postalische Anschrift, Impressum o. ä.)

SCHREIBWEISEN, TEXT UND SPRACHE

Die Norm DIN 5008 legt Schreib- und Gestaltungsregeln für die Textverarbeitung fest. Sie gehört zu den grundlegenden Regeln für die Arbeit im Büro- und Verwaltungsbereich.

DATUM

Das Datum schreiben wir wenn möglich aus, zum Beispiel: „1. September 2022“. Dabei steht vor einstelligigen Tagen keine „führende Null“.

RUFNUMMERN

Rufnummern werden nach der DIN 5008 in nationaler Schreibweise angegeben. Die Vorwahl wird von der Rufnummer durch ein Leerzeichen getrennt, eine Durchwahl durch einen Bindestrich ohne Leerzeichen: 030 284958-0

Bei internationaler Korrespondenz kann die internationale Vorwahl angegeben werden, die Null der Ortswahl wird durch ein Leerzeichen ersetzt: +49 30 284958-0

E-MAIL-ADRESSEN

E-Mail-Adressen sollten im Format vorname.nachname@fdp-gliederung.de vergeben werden. Korrekt ist nur die Schreibweise „E-Mail“.

INTERNETADRESSE

Auf Plakaten und in Drucksachen verwenden wir statt „https://www.fdp.de“ die Schreibweise „fdp.de“.

GETRENNT- UND ZUSAMMENSCHREIBUNG

Funktionale Zusammensetzungen werden mit Bindestrich geschrieben, zum Beispiel:
„FDP-Bundesgeschäftsstelle“
„FDP-Landesverband“
„FDP-Generalsekretär“
„FDP-Ortsvorsitzende“

Ortsbezeichnungen stehen ohne Bindestrich:
„FDP Baden-Württemberg“
„FDP Trossingen“

LOGODARSTELLUNG

Logos mit Individualisierung: mind. 50 mm Breite
Logos ohne Individualisierung: mind. 20 mm Breite
Logos in Sonderform: mind. 12 mm Breite

Beachten Sie den Schutzraum des Logos, der sich durch die Balkenhöhe x definiert.



Im Optimalfall wird die Individualisierung zweizeilig gesetzt (Oberzeile = ergänzender Zusatz der Untergliederung wie z. B. Landesverband oder Landtagsfraktion, Unterzeile = Regionalbezeichnung). Regionalbezeichnungen mit weniger als neun Buchstaben dürfen nicht allein stehen, sie werden immer mit dem Zusatz „Landesverband/Landtagsfraktion/Ortsverband“ ergänzt.

3,5 X = Schrifthöhe
1 X = Abstand Schrift zum Balkenrand
1,5 X = Zeilenabstand

Bei Umlauten in der ersten Zeile wird zwischen dem Umlaut und dem Balkenrand 1/4X addiert.

Sobald Zeilen zu stark flattern, können sie in der Laufweite nach rechts eingerückt werden. Das Zeilenflattern sollte ausgewogen gestaltet sein, deshalb „Treppen“ unbedingt vermeiden.



SCHRIFTEN

FUTURA BOLD OBLIQUE

Überschriften (Headlines) in Großschreibweise (Versalien).

Zwischenüberschriften und Fließtext (Subline und Copy) in Großschreibweise oder Gemischtchreibweise.

FUTURA medium

Fließtext (Copy) in Gemischtchreibweise.

Futura Book

Die Hausschrift für Office-Anwendungen ist

Calibri Bold

Calibri Light

VERMABUNGEN UND FORMATE

Facebook: 1000 x 1000 px (Post 1:1)

Instagram: 1080 x 1350 px (Post 4:5)

Instagram: 1080 x 1080 px (Post 1:1)

Instagram: 1080 x 1920 px (Story)

Twitter: 1920 x 1080 px (Post 16:9)

DIN A4: 210 x 297 mm

DIN Lang: 105 (99) x 210 mm

AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN ZU DEN GESTALTUNGSRICHTLINIEN, DOWNLOAD LOGO UND SCHRIFTEN AUF

[MITGLIEDERPORTAL.FDP.DE](https://mitgliederportal.fdp.de)

NIEDERSACHSEN BEWEGT SICH

Nach den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen folgt im Herbst die Wahl in Niedersachsen. Die Freien Demokraten sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Helge Gülzau
Referent Kampagne &
Kommunikation der
FDP Niedersachsen

NIEDERSACHSEN

Am 9. Oktober 2022 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Seit der vorgezogenen Landtagswahl vor fünf Jahren leisten die Freien Demokraten im Niedersächsischen Landtag eine konsequente Oppositionsarbeit und treiben die Große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten vor sich her, die nicht nur träge den Status quo verwaltet, sondern auch in sich selbst gespalten ist. Erklärtes Ziel der FDP Niedersachsen ist es deshalb, so stark zu werden, dass keine neue Landesregierung ohne Beteiligung der FDP möglich ist. Denn uns ist klar: Es macht einen Unterschied, ob eine liberale Kraft Teil einer Regierung ist oder nicht.

Mit ihrem Wahlprogramm hat die FDP Niedersachsen eine Modernisierungsagenda vorgestellt, die von dem Wunsch nach Fortschritt und echtem Aufbruchswillen geprägt ist. Niedersachsen steht vor einem riesigen Investitionsstau, für den die aktuelle Landesregierung keine Lösungen hat. Eine echte Investitionsdekade, ganz ohne neue Staatsschulden, gibt es nur mit den Freien Demokraten. Wir wollen mehr Investitionen, Innovationen und Wachstum ermöglichen, indem wir die Bürokratie konsequent abbauen, Zukunftstechnologien fördern und die Küste zum zentralen Knotenpunkt für Energieproduktion und -verteilung machen. Wir wollen Schulen und Hochschulen mehr Freiheiten geben, um sie zu echten Experi-



→ DIE TOP 20 FÜR NIEDERSACHSEN

mentieräumen zu machen und sie zurück zur Exzellenz zu führen. Dabei setzen wir insbesondere auf die Chancen einer ganzheitlichen Digitalisierung.

Für diese und viele weitere Themen, Positionen und Inhalte werden sich die 87 Kandidatinnen und Kandidaten der FDP Niedersachsen mit ihrem Spitzenkandidaten Stefan Birkner in den kommenden Wochen mit voller Kraft einsetzen. Denn Niedersachsen hat mehr verdient als Mittelmaß! Wir wollen das Bundesland dorthin bringen, wo es hingehört: An die Spitze! Hierzu braucht es ein gutes Ergebnis für die FDP Niedersachsen am 9. Oktober 2022 und eine starke Fraktion der Freien Demokraten im Niedersächsischen Landtag. ■

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Christopher Vogt
Vorsitzender der FDP-Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Die 6,4 Prozent waren ein schwerer Schlag für uns, da die Stimmung im Wahlkampf mit Blick auf unsere Bilanz in der Jamaika-Koalition positiv war. Warum wir eine erfolgreiche Regierungsbilanz nicht in einen Wahlerfolg ummünzen konnten, werden wir noch weiter aufarbeiten. Da die Grünen ein erneutes Jamaika abgelehnt haben und die CDU sich trotz schwarz-gelber Mehrheit aus strategischen Gründen für Schwarz-Grün entschieden hat, bereiten wir uns auf eine konsequente Oppositionsarbeit vor. Die neue Fraktion wird eine schlagkräftige und harte, aber auch konstruktive Opposition sein, die immer auch eigene Alternativen vorlegen wird. Bundesweit brauchen wir meines Erachtens eine klare Strategie, mit der wir trotz der Ampel ein klares Profil behalten und uns vor allem von der Union abgrenzen, die offensichtlich mit den Grünen ein neues Bündnis vorbereitet.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Henning Höne
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Nordrhein-Westfälischen
Landtag

Wir werden eine kritische, aber auch konstruktive Opposition sein und den Menschen in unserem Land ein glaubwürdiges Politikangebot machen. Bereits die Sondierungen von CDU und Grünen zeigen, dass es starke Freie Demokraten in der Opposition braucht. Das Sondierungspapier kommt ohne eine Perspektive auf Entlastung aus – gerade in Zeiten von massiver Inflation ist das kein gutes Signal. Auch beim Wohnen vermissen wir eine Aussage zur Senkung der Grunderwerbsteuer oder zu einer Einführung eines Freibetrags, stattdessen wird angekündigt, den Wohnungsmarkt zu fesseln. Hier werden wir mit Initiativen gegensteuern. Kritisch-konstruktiv bedeutet aber auch, dass wir Entscheidungen, die unserer Haltung entsprechen, selbstverständlich mittragen wie das Wahlalter mit 16 Jahren. Hierzu wären wir bereits bereit gewesen, leider hat die CDU damals diesen Schritt nicht mitgehen wollen.

Anzeige



Verband der Privaten
Krankenversicherung

**Endlich wieder Teil
einer Jugendbewegung.**

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und die Jüngeren beim Aufbau einer eigenen Vorsorge fördern.

www.pkv.de/generationenvertrag

MIT ENTLASTUNGEN DURCH DIE KRISE

Die Entlastungspakete erscheinen riesig, sind jedoch erforderlich und verantwortlich. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine setzen die breite Mitte unserer Gesellschaft unter erheblichen Druck. Wir wollen sie entlasten und zugleich schnellstmöglich zur Schuldenbremse zurückkehren.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands vor erhebliche Herausforderungen. Auch wirtschaftspolitisch sind die Auswirkungen und Einschränkungen des Krieges stark zu spüren: Probleme in den globalen Lieferketten, steigende Lebenskosten und die drohende Stagflation verschieben den wirtschaftlichen Aufschwung weiter in die Zukunft. Für die Zeit nach der Pandemie war eine kräftige Erholung der Konjunktur in Deutschland erwartet worden. Diese verläuft nun jedoch schleppender als gedacht. In dieser schwierigen Phase zeigt die Koalition Handlungsfähigkeit

und Entschlossenheit. So hat die Bundesregierung mittlerweile zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Mit einem Gesamtvolumen von über 30 Milliarden Euro reduzieren wir den finanziellen Druck, der auf den Schultern der breiten gesellschaftlichen Mitte liegt. Wir schauen den Preissteigerungen nicht nur zu, sondern tun in der aktuellen Lage alles, was möglich und sinnvoll ist, um die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu entlasten.

Dies tun wir unter anderem dauerhaft durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags. Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen wir angesichts der gestiegenen Energiepreise durch die Abschaffung der EEG-Umlage. Einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige erhalten eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro und Familien bekommen einen einmaligen Kinderbonus über 100 Euro pro Kind ausgezahlt. Von der dreimonatigen Senkung der Energiesteuer auf Die-

sel und Benzin und die bundesweit vergünstigten ÖPNV-Tickets profitieren insbesondere auch die Pendlerinnen und Pendler im Land. Und durch Liquiditätshilfen für Unternehmen schützen wir Arbeitsplätze. So sorgen wir für Stabilisierung in der Krise. Wichtig ist: Wir gehen mit Steuergeld verantwortungsvoll um und setzen keine riskanten Signale für Lohn-Preis-Spiralen. Statt mit der Gießkanne zu reagieren, handeln wir treffsicher. Damit stützen wir langfristig die Zuversicht in eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Zielsetzung ist in der derzeitigen Krise keine vollständige und dauerhafte Kompensation des allgemeinen Wohlstandsverlusts unseres Landes. Denn das lässt sich mit allein finanzpolitischen Instrumenten nicht lösen. Und etwas Anderes zu versprechen wäre unseriös. Vielmehr handelt es sich um einen „Stoßdämpfer“, der einen gesamtwirtschaftlichen Schock verhindern soll. Auch wenn wir bei den Entlastungen keine vollständige



Stagflation, die: Phase von niedrigem Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger hoher Inflation.



Foto: Xander Hein/Photothek.de

→ LINDNER WIRBT FÜR EINE ZIELGERICHTETE ENTLASTUNG DER BREITEN MITTE

Abschaffung des Solis, keine Unternehmensteuer-Reform oder keine Abflachung des Mittelstandsbauchs bei der Einkommensteuer sehen, denn dafür sind keine politischen Mehrheiten da, hätten es wohl nur wenige der Ampel zugetraut, innerhalb des ersten halben Jahrs Entlastungen von über 30 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Ich bin überzeugt: Es gibt keine andere politische Konstellation, in der wir mehr Entlastungen erreicht hätten – außer mit der absoluten Mehrheit der FDP.

Eine Regierung ohne die Freien Demokraten hätte dieses Volumen nicht gestemmt. Ganz im Gegenteil: Ohne uns gäbe es längst einen neuen Soli, eine Übergewinnsteuer oder eine Vermögensabgabe. Diese Vor-

schläge würden jedoch die arbeitende Mitte der Gesellschaft voll treffen – in einem Umfeld mit ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten. Die Entlastungspakete sind daher eine Erfolgsbilanz unserer Partei, auf die wir stolz sein können.

Zur Stärkung unserer fiskalischen Resilienz müssen wir aber so bald wie möglich zur Schuldenbremse zurückkehren. Nach Lage der Dinge gelingt dies 2023. Eine stabile Finanzpolitik, wie sie die deutsche Schuldenbremse zum Ziel hat, impliziert einen hohen Grad an Stetigkeit der unmittelbaren steuer- und finanzpolitischen Instrumente. Darüber hinaus gewährleisten die fiskalischen Institutionen die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisen und die langfristige Leistungsfähig-

keit der Sozialsysteme. Sie hat es uns vor der Pandemie ermöglicht, einen „Puffer“ zu bilden. Den gilt es neu aufzubauen. Auch angesichts steigender Zinsen ist dies ein Gebot der Klugheit.

Klar ist auch: An Mehreinnahmen, die sich aus der gestiegenen Inflation ergeben, darf der Staat sich nicht bereichern. Daher werde ich im Herbst einen Vorschlag vorlegen, um die Wirkungen der kalten Progression 2023 und in den Folgejahren zu bekämpfen. Dafür werben wir in der Koalition.

Die aktuellen Krisen verdeutlichen: Die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist eben nicht selbstverständlich. Das Geschäftsmodell Deutschlands muss sich verändern. Wir brauchen neue Innovationen, neue Lieferketten und neue Handelsbeziehungen. Wir müssen einseitige Abhängigkeiten reduzieren, sei es beim Energieimport aus Russland oder beim Export nach China.

Ich habe großes Zutrauen in die Kreativität und den Erfindungsreichtum der deutschen Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmerinnen und Unternehmer. Aufgabe der Politik ist es, in einer solchen Lage für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Diese Potenziale zu entfesseln ist oberstes Gebot meiner Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wenn uns dies gelingt, bin ich überzeugt, dass wir auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen werden. Daran arbeite ich tagtäglich als Bundesfinanzminister. ■

LIBERALE VERKEHRSPOLITIK: BESTE MOBILITÄT FÜR ALLE

Eine innovative, ökologische und bezahlbare Mobilität muss von ideologischen Scheuklappen frei sein. Nur mit technologischen Innovationen, einem funktionierenden Emissionshandel, moderner Infrastruktur und einer technologieoffenen Verkehrspolitik kann sichere, saubere und bezahlbare Mobilität für Alle gewährleistet werden.



Dr. Volker Wissing
Bundesminister für
Digitales und Verkehr

Liberalismus ist modern, zukunftsgerichtet und verantwortungsbewusst. Was ihn auszeichnet, ist, dass er das Spektrum möglicher Lösungen nicht durch ideologische Denkverbote oder -gebote einengt. In der Verkehrspolitik heißt das für uns: Es gibt keine Präferenz für bestimmte Verkehrsträger, es gibt keine Präferenz für bestimmte Mobilitätsformen, es gibt vielmehr Mobilitätsbedürfnisse in der Gesellschaft, denen das bestmögliche Angebot gegenüberstehen sollte.

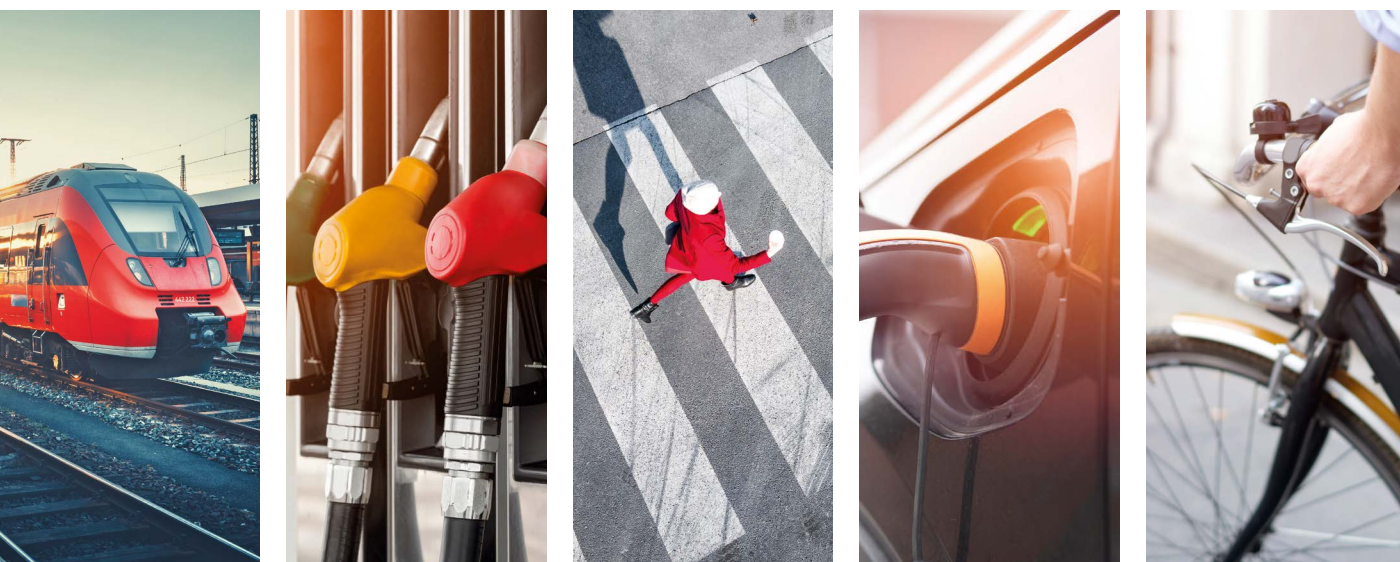
Liberaler Verkehrspolitik setzt deshalb auch nicht nur auf moderne Straßen, uns liegt ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr genauso am Herzen wie ein gut ausgebauter Radwegenetz. Unsere Verkehrspolitik orientiert sich an den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Als moderne, zukunftsgerichtete Partei nehmen wir den Klimaschutz ernst und tragen ihm Rechnung. Allerdings wollen wir auch hier keine Festlegung auf bestimmte Technologien. Wir wollen, dass sich die Technologie durchsetzt, die den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger am besten gerecht wird und gleichzeitig dazu beitragen kann, die Klimaziele einzuhalten. Welche Technik das am Ende sein wird, ist weniger eine Entscheidung der Politik als eine der Technik und am Ende vor allem natürlich der Bürgerinnen und Bürger. Gerade im Verkehrsbereich verlangen wir den Menschen sehr viel ab.

Schließlich ist es nicht so, dass sie sich scharenweise vom Automobil mit Verbrennermotor abwenden, weil es ihren Ansprüchen nicht länger gerecht würde oder sie dies auf einmal als unattraktiv empfinden. Die Verkehrswende ist nicht Nutzer-gesteuert, sie ist politisch gesteuert. Auch wenn wir das übergeordnete Ziel einer klimaneutralen Mobilität teilen, stellt sich doch die Frage, welchen Weg wir dorthin einschlagen wollen: den Weg der Überzeugung, der Technologieoffenheit, der Marktwirtschaft oder den Weg einer Verbotspolitik, staatlicher Zwänge oder eines staatlichen Dirigismus?

Unsere Haltung ist klar: Wenn man sich der Bedeutung der Mobilität für jeden von uns bewusst wird, sollte der Staat hier mit drastischen Eingriffen sehr zurückhaltend sein. Mobilität steht nicht nur für den Weg zur Arbeit, für kulturelle bzw. gesellschaftliche Teilhabe, sie steht auch für den sozialen Zusammenhalt, für den Besuch bei Freunden und Verwandten. Das alles sind Dinge, die der Staat nicht erschweren, sondern befördern sollte. Mobilität ist eines der zentralen Grundbedürfnisse einer freien Gesellschaft. Eine verordnete Mobilitätsbeschränkung wäre staatliche Freiheitsberaubung. Das ist ein Weg, den die FDP nicht mitgehen will, nicht mitgehen kann und auch nicht mitgehen wird.

Wir unterstützen in der aktuellen Phase auch die Elektromobilität. Nicht weil wir in ihr die einzig richti-



Fotos: iStock/den-beltisky, Sergey201982, sanjari, deepblue4you, paol081

→ INNOVATION, VERNUNFT UND FREIHEIT STATT VERBOTE

ge Antwort auf die Frage nach der Mobilität der Zukunft sehen, sondern weil wir die Klimaziele einhalten wollen. Dazu benötigen wir Techniken, die am Markt sofort verfügbar sind, die akzeptiert werden und die skalierbar sind. Anreize dazu müssen mit zunehmender Marktablierung konsequent zurückgefahren werden. Wir zwingen niemanden, sich ein Elektroauto zuzulegen, machen es ihm aber möglich. Gleichzeitig wissen wir, dass es Menschen gibt, die auf ein Auto mit Verbrennermotor angewiesen sind. Auch ihrem Mobilitätsbedürfnis wollen wir Rechnung tragen. Im Idealfall mit synthetischen Kraftstoffen. Der Staat muss hier neutral sein, genauso wie die Klimabilanz dieser Kraftstoffe neutral ist.

Wenn wir den Weg in die klimaneutrale Mobilität erfolgreich gestalten wollen, müssen wir alle technologischen Möglichkeiten optimal nutzen und so dafür sorgen, dass die Menschen den Wandel als Fortschritt empfinden. Mobilitätsbeschränkungen würden den Charakter unseres Landes als ein Land der Freiheit und des Zusammenhaltes tiefgreifend verändern. Es ist deshalb wichtig, dass wir die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse nicht nur akzeptieren, sondern sie unterstützen und diesen das jeweils bestmögliche Angebot gegenüberstellen. Und genau das sieht das FDP-geführte Bundesministerium für Digitales und Verkehr als seine Aufgabe an. Wir wollen für ein ausreichendes Angebot an Ladesäulen für Elekt-

rofahrzeuge sorgen, wir wollen, dass synthetische Kraftstoffe Teil klimaneutraler Mobilität werden, wir wollen den Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs moderne Züge und attraktive Verbindungen anbieten, wir wollen, dass diejenigen, die das Fahrrad nutzen, ein gut ausgebautes und sicheres Radwegenetz vorfinden und Fußgänger sicher unterwegs sind. Wir wollen niemanden zu einem bestimmten Mobilitätsverhalten drängen. Wir wollen, dass jeder das Mobilitätsangebot bekommt, das seinen Bedürfnissen am besten Rechnung trägt. Und dazu gehört ausdrücklich der Individualverkehr mit dem eigenen Auto.

Es ist eine große Chance, dass die Freien Demokraten das Verkehrsressort übernommen haben. Mit unserer liberalen Grundhaltung der Ideologiefreiheit und Technologieoffenheit fördern wir Technik und Fortschritt. Wer in Zeiten der Umbrüche und der Transformation vorgibt, bereits eine fertige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft zu haben und voreilige staatliche Festlegungen einfordert, handelt verantwortungslos. Eine solche Politik nimmt der Gesellschaft die Chance, neue und vielleicht bessere Ideen, Innovationen und Technologien zu entwickeln.

Die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen werden wir nicht mit Restriktionen, sondern mit Innovationen bewältigen. ■

FLUCHT AUS DER UKRAINE: WILLKOMMEN IN MAGDEBURG

Nach Tagen im Auto, in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Berlin und einer Woche in einer Magdeburger Turnhalle ziehen Natascha und ihre zwei Kinder bei Jasmina Ritter ein. Die Magdeburgerin berichtet von ihrem Engagement.



Jasmina Ritter
Kreisverband
Magdeburg

Schon gleich als am 24. Februar der russische Überfall auf die Ukraine begann und die Bilder der fliehenden Menschen auf allen Kanälen präsent waren, wussten meine Familie und ich, dass wir nicht tatenlos zusehen wollten. Spenden ging am schnellsten, außerdem waren wir uns einig, dass wir Platz für Flüchtlinge haben. Als dann an einem Samstagabend der Anruf kam mit der Frage „Könnt ihr eine junge Frau mit zwei kleinen Kindern bei euch aufnehmen?“, war die Antwort: „Unbedingt!“. Einen Tag später hatten wir drei neue Mitbewohner und wieder Kindergeschrei im Haus. Natürlich auf Ukrainisch! Seitdem reaktivieren wir unsere Russischkenntnisse aus der 40 Jahre zurückliegenden Schulzeit. Dennoch wären wir ohne Übersetzungssapp völlig hilflos, denn neben der Verständigung im Alltag traf uns die deutsche Bürokratie völlig unvorbereitet.

Auf unzähligen Websites fanden sich seitenweise Informationen, z. T. sogar ins Ukrainische übersetzt. Doch selbst für uns, die wir der deutschen Sprache mäch-

tig sind, schien der Behörden-dschungel mit seinen Strukturen und Abläufen undurchschaubar. Wo anfangen, was als Nächstes tun? Bald drehte sich alles im Kopf. Sozialamt: bei Wind und Wetter mit den Kindern vor der Tür warten. Ausländerbehörde: Anmeldung nur per E-Mail, Termin in 6 Wochen. Wohnungssuche: Vermieter kontaktieren, zurück zum Sozialamt und Zuschuss für Wohnungseinrichtung beantragen, Abtretungserklärung abgeben. Jugendamt: Kind-ID fürs KiTa-Elternportal, ohne Meldeadresse zuerst „Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars“ stellen. KiTa-Tauglichkeit: Kinderarztbesuch, Berechtigungsschein vom Sozialamt holen, Nachweis über Masernimpfung am besten mit Übersetzung. KiTa-Kosten: Antrag beim Jugendamt, „Bildung und Teilhabe“ beim Sozialamt beantragen. Bürgerbüro: keine Termine, mit den Kindern anstellen, Originalurkunden mitbringen (Was ist eine Apostille?). Sprachkurse: nicht ohne den Schein der Ausländerbehörde (Was ist eine Fiktionsbescheinigung?),



→ JASMINA RITTER MIT NATASCHA

ein Platz frühestens im Juni. Quit-tungen fürs Sozialamt sammeln.

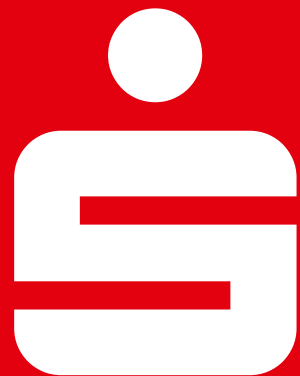
Seit dem 1. Juni sind Jobcenter die neue Anlaufstelle für ukrainische Geflüchtete. Ein erster Ausdruck des ALG-II-Antrags umfasste über 20 Seiten, dazu Krankenversicherung- und Kindergeld-Antrag. Nun hoffen wir auf die wirklich immer freundlichen Behördenmitarbeiter, denn noch ist kein Ende in Sicht. Ganz nebenbei arbeiten wir in Vollzeit und zahlen die Steuern für diesen Irrsinn. Danke an alle ehrenamtlichen Helfer! ■



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

ARBEIT AUS DER PARLAMENTARISCHEN MITTE

Aus dem schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine entstehen viele Herausforderungen für die parlamentarische Arbeit. Christian Dürr berichtet von den erfolgreich umgesetzten Vorhaben der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.



CHRISTIAN DÜRR

Vorsitzender der
FDP-Bundestagsfraktion &
FDP-Präsidiumsmitglied

Herr Dürr, der schreckliche Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine sicherheitspolitische Zäsur in Europa dar. Welche Konsequenzen müssen wir daraus ziehen? Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf alle westlichen Demokratien. Gemeinsam mit unseren Verbündeten müssen wir alles tun, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu gewährleisten. Es war daher wichtig, dass wir uns innerhalb der Ampelkoalition auf die Lieferung schwerer Waffen verständigen konnten. Wir werden alles liefern, was unsere Verbündeten auch liefern und unsere Verteidigungsfähigkeit nicht bedroht. Ich freue mich, dass die Union sich unserem Antrag angeschlossen hat. So konnten wir ein eindrucksvolles Zeichen aus der demokratischen Mitte

senden: Wir tun, was wir können, um die Ukraine bei ihrem Kampf für Freiheit und Wohlstand zu unterstützen. Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen.

Die Bundesregierung hat ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Was hat es damit auf sich? Der Krieg gegen die Ukraine an der NATO-Außengrenze markiert eine geopolitische Zeitenwende. Deshalb brauchen wir eine leistungsfähige und optimal ausgestattete Bundeswehr. Leider sind in Folge der Sparpolitik der unionsgeführten Bundesregierung notwendige Investitionen und Beschaffungen ausgeblieben. Diesen Fehler beheben wir. Mit den 100 Milliarden Euro werden wir dazu beitragen, dass die Bundeswehr endlich ihre dringend benötigten Mittel erhält, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Zugleich werden wir das Zwei-Prozent-Ziel der NATO in den folgenden Jahren erreichen. Damit kommen wir den Zusagen gegenüber unseren Bündnispartnern nach und haben noch wichtige wegweisende Entscheidungen vor der parlamentarischen Sommerpause getroffen. Das ist ein wichtiges Signal nicht nur an die Bundeswehr, sondern auch an unsere Bündnispartner und an jede ein-

zelne Soldatin und jeden einzelnen Soldaten.

Warum braucht es dafür eine Änderung des Grundgesetzes? Eine Erhöhung der Steuern oder eine Verletzung der Schuldenbremse ist mit der FDP-Fraktion nicht zu machen. Denn wir müssen auch an die Generationen unserer Kinder denken: Solide Finanzen sind die Grundlage für den Wohlstand von morgen. Eine Politik wie zu Zeiten der GroKo, in der alle Unstimmigkeiten mit Geld zugeschüttet wurden, wird es mit uns nicht geben. Das sichert notwendige Investitionen in unsere Zukunft und die dauerhafte Handlungsfähigkeit unseres Landes.

Infolge des Krieges steigen auch hierzulande die Preise. Was tun Sie, um die Menschen zu entlasten? Innerhalb weniger Wochen haben wir für die Menschen Entlastungen von 37 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Mit der Abschaffung der EEG-Umlage sorgen wir für eine Reduzierung der hohen Strompreise. Außerdem haben wir rückwirkend zum 1. Januar erhebliche Steuerentlastungen beschlossen. Dazu kommen der Bonus beim Kindergeld, die Energiepauschale und die Senkung der Energiesteuer für Kraftstoffe, um die Spritpreise zu verringern.

Rentner profitieren zudem von der größten Rentenerhöhung seit vierzig Jahren und vom Heizkostenzuschuss. Dabei entlasten wir gleichzeitig die jüngeren Generationen in Milliardenhöhe und stabilisieren den Rentenbeitragssatz. Zudem wird unser Finanzminister einen Vorschlag machen, wie die kalte Progression abgebaut werden kann. Der Weg ist klar: Entlastung bedeutet, dass der Staat den Menschen weniger Geld wegnimmt – nicht, dass er mehr Zuschüsse zahlt.

Angesichts des Krieges müssen wir auch unsere Energiepolitik grundlegend neu ausrichten. Wie können wir es schaffen, unabhängig von russischen Energieimporten zu werden und gleichzeitig die Energiesicherheit zu gewährleisten?

Wir dürfen Putins Krieg nicht mitfinanzieren. Deshalb braucht es eine schnelle Diversifizierung unserer Rohstoffquellen und eine Konzentration auf den Ausbau von erneuerbaren Energien als Freiheitsenergien. In kürzester Zeit konnten wir so auf russische Kohle verzichten, auch werden wir noch in diesem Jahr unsere vollständige Unabhängigkeit von russischen Ölimporten erreichen. Auch beim Thema Gas gehen wir voran: Indem wir die Weichen für beschleunigte Genehmigungsverfahren von LNG-Terminals gestellt haben, können wir schneller auf Erdgaslieferungen aus anderen Ländern ausweichen. Das Tempo, das wir in dieser Sache an den Tag gelegt haben, sollten wir auch als Blaupause für viele andere Projekte nehmen, etwa für die Digitalisierung und die Dekarbonisierung. ■

ERSTES STABILISIERUNGSGESETZ BEI DER RENTE NACH 15 JAHREN

DER NACHHOLFAKTOR WIRD WIEDER EINGEFÜHRT



Johannes Vogel
Stellvertretender
Bundesvorsitzender & Erster
Parlamentarischer
Geschäftsführer

In der vergangenen Legislaturperiode haben CDU, CSU und SPD eine krasse Ungerechtigkeit beschlossen: Sie haben den Nachholfaktor in der Rentenformel ausgesetzt. Was so technisch klingt, ist im Kern ein Instrument, das dafür sorgt, dass sich die Renten und die Löhne auch in der Krise gleich entwickeln – und somit die Renten wegen der berechtigten Rentengarantie auf Dauer nicht stärker steigen als die Löhne, was unfair für die jüngere Generation wäre. Mit ausgesetztem Nachholfaktor würde auf Dauer die Stabilität der Rente für alle Generationen untergraben werden und das ist falsch.

Die Renten folgen in Deutschland grundsätzlich der Lohnentwicklung und damit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. In Krisen können sie aber nicht sinken – wegen der Rentengarantie. Zur Rentengarantie gehört aber der Nachholfaktor, der diesen Effekt in den Folgejahren verrechnet. Das ist schon für sich genommen unfair, denn auch in der Krise müssen die Generationen gleich behandelt werden. Zumal auch mit Nachholfaktor die höchste Rentenerhöhung seit 40 Jahren ansteht. Gleichzeitig hät-

te eine weitere Aussetzung die Rentenfinanzen überstrapaziert. Für eine nachhaltig stabile Rente auch in den kommenden Jahrzehnten brauchen wir eine Trendumkehr in der Rentenpolitik, denn Großeltern- bis Enkelgeneration müssen zusammenhalten. Und dafür ist der Nachholfaktor ein wichtiger erster Schritt: Dass die FDP sich in den Verhandlungen durchsetzen konnte und die Wiedereinführung des Nachholfaktors in den Koalitionsvertrag schreiben konnte, ist für die Rentenpolitik in Deutschland ein echter Meilenstein und ein Paradigmenwechsel. Denn es handelt sich in der Tat um das erste Stabilisierungsgesetz und das erste Stabilisierungselement bei den Rentenfinanzen seit 15 Jahren. Und dessen Wirkung kumuliert sich den Folgejahren und macht alleine in dieser Legislaturperiode knapp 20 Milliarden Euro Einsparung aus. Das zeigt einmal mehr: Es macht einen Unterschied, wenn die Freien Demokraten Politik prägen können.

Aber wir wollen es nicht dabei belassen, wir wollen weiter: Noch in diesem Jahr wollen wir den nächsten echten Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik einleiten und die Tür für die enkelfitte Rente in Deutschland aufstoßen – mit dem Einstieg in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente durch eine Aktienrente!

THE GOOD, THE BAD AND THE UGLY: SOZIALE MEDIEN IM KRIEG



Ann Cathrin Riedel
Themenmanagerin Globale
Digitalisierung & Innovation



Teresa Widlok
Referentin für Bürgerrechte

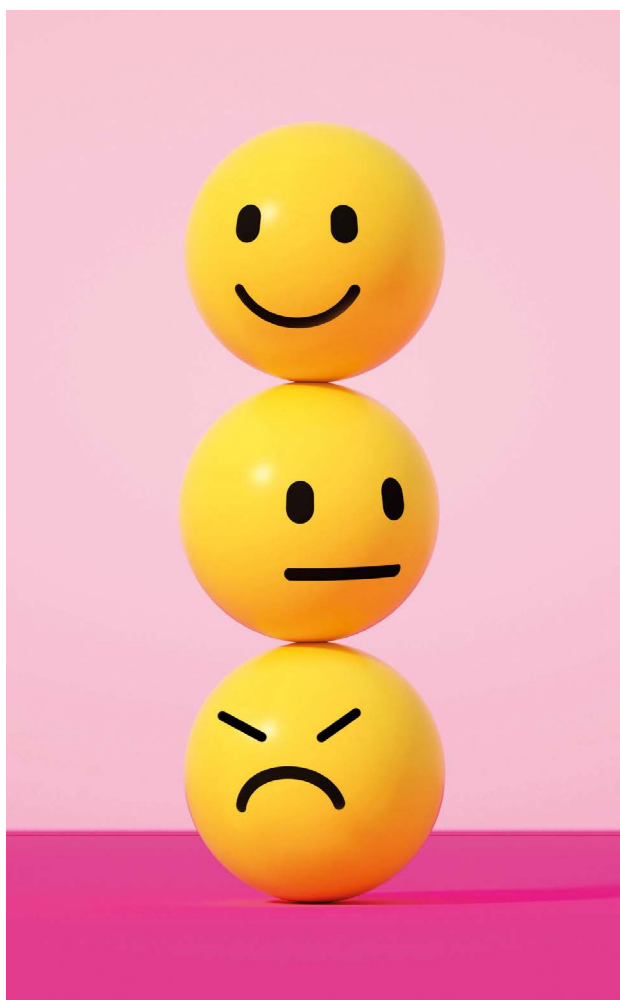
Einen guten Ruf haben soziale Medien wahrlich nicht. In ihnen werden Falsch- und Desinformationen verbreitet, ihre Algorithmen verleiten uns dazu, dass wir uns einseitig informieren. Über Messengerdienste gelangen wir in einen Strudel aus Verschwörungserzählungen und Aufrufen zu Gewalt. Vorbei scheint die Zeit, als man sozialen Medien noch zutraute, die Massen von unten zu mobilisieren und zur Demokratisierung von Gesellschaften beizutragen. Stattdessen passierte der Genozid an den Rohingya in Myanmar, Donald Trump rief zum Trinken von Bleiche auf und das Capitol wurde gestürmt. Mordkomplotte gegen Politikerinnen und Politiker wurden nicht nur in Deutschland geplant.

Sind Plattformen wie Facebook, Twitter und TikTok, Messenger wie Telegram außer Rand und Band? Sind sie die Wurzel allen Übels – allen voran Hate Speech und Desinformation? Mitnichten. Doch wie immer müssen Phänomene und Symptome wie Propaganda, Desinformation und Hate Speech in sozialen Medien differenziert betrachtet werden. Der Krieg gegen die Ukraine und die Geschehnisse zu diesem in den sozialen Medien zeigen, dass ein einfaches Schwarz-Weiß-Schema generell unpassend ist. Das gilt nochmal mehr, wenn wir uns im Bereich von Meinungen bewegen, die qua Definition subjektiv sind.

THE GOOD

Erst das Positive, the Good: Durch soziale Medien haben mehr Menschen die Möglichkeit, Informationen über das, was sie erleben – auch im Krieg – der Öffentlichkeit mit-

zuteilen. Diese Berichte sind sehr wertvoll für den Journalismus, zur Aufdeckung und Recherche von Kriegsverbrechen oder überhaupt des Kriegsgeschehens. Natürlich müssen Informationen verifiziert werden. Dafür braucht es nicht nur Medienkompetenz in der breiten Bevölkerung, sondern ganz besonders bei Medienschaffenden und Strafverfolgungsbehörden. Die sogenannte Open



Source Intelligence (OSINT) Community ist hier engagiert dabei, mit ihrer Fachexpertise bei der Verifizierung von Informationen zu helfen. Bekannter Akteur in diesem Bereich ist das internationale investigative Recherchenetzwerk Bellingcat. Durch soziale Medien haben Menschen aber auch die Möglichkeit, sich unabhängig von staatlicher Propaganda zu informieren. Gerade in Russland oder auch der Türkei ist die Pressefreiheit extrem eingeschränkt. An Nachrichten, die auf journalistischen Standards beruhen, kommen Menschen häufig über Plattformen wie Twitter oder Messenger wie Telegram – solange diese nicht von Regimen blockiert werden. Aber auch Regierungschefs wie aktuell Wolodymyr Selenskyj haben die Möglichkeit, unabhängig von Fernsehen und Zeitungen, Menschen mit ihren Botschaften zu erreichen. Komplette Reden, für die sonst die Sendezeit oder auch die Priorität fehlen, können leicht zugänglich gemacht werden. Selbstverständlich muss hier darüber gesprochen werden, dass solche Botschaften von Regierungen keine neutralen Quellen darstellen.

THE BAD

The Bad: Über soziale Medien lassen sich massiv und gezielt Propaganda und Desinformation verbreiten. Wie tiefgreifend sie die Bevölkerung manipulieren und Narrative verändern, wird meist erst zu spät bemerkt. Putin verbreitete bereits seit Jahren Staatspropaganda über die klassischen Medienkanäle. Ebenfalls seit Jahren hat er durch Trolle und manipulierte visuelle Medien sowie strategisch platzierte Erzählungen nicht nur den Krieg gegen die Ukraine vorbereitet, sondern auch im Ausland durch seine Troll-Fabriken für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda gesorgt. Nutzerinnen und Nutzern sozialer Medien fällt es weiterhin schwer, Informationen, die sie sehen, richtig einzuordnen. Hinzu kommt, dass die algorithmischen Systeme zahlreicher Plattformen dafür sorgen, dass Menschen in einen Strudel aus Propaganda und Desinformation gezogen werden, wenn sie einmal zu den falschen Inhalten abgebogen sind. Troll-Netzwerke werden als verstärkender Faktor nicht oder zu spät identifiziert. Nachrichten darüber, dass Social-Media-Anbieter wie Facebook und Twitter Netzwerke von Fake-Accounts ausfindig gemacht und ausgeschaltet haben, gab es in den letzten Jahren nur sehr vereinzelt. Die Auswirkungen von solchen jahrelangen Propaganda-Kampagnen konnte man jüngst auf den Philippinen beobachten, wo der Sohn des verstorbenen Diktators Marcos gewählt wurde und

die Vergangenheit durch ihn und seine Anhängerschaft als glorreiche Epoche neu erzählt wurde – nicht als das verbrecherische Regime, das es war.

THE UGLY

Ugly wird es, wenn es kompliziert wird. Über soziale Medien verbreiten sich Bildaufnahmen von toten und verletzten Menschen. Kriegsverbrechen werden gestreamt oder online gestellt. Wie ist mit ihnen umzugehen? Strafverfolgung und Gerichte brauchen sie als Beweismaterial, sie können aber auch Persönlichkeitsrechte verletzen oder gegen den Jugendschutz verstoßen. Es sind Inhalte, die in ihrer Rohheit nicht einfach so auf Plattformen verfügbar sein sollten. Die Entscheidung der Plattformen, nicht besser gegen Gewaltdarstellungen vorzugehen, ist in diesen Kriegszeiten eher eine Ressourcenfrage und kein Statement dafür, dass solch problematische Inhalte zum Standard auf Plattformen werden sollen. Schwierige Moderationsentscheidungen und Abwägungen in Kriegszeiten, wie das zeitweilige Zulassen von Hass-Postings gegen russische Akteure, müssen besser in ein Gesamtkonzept eingebettet werden. Über sogenannte Krisen-Mechanismen wird dieser Ansatz bald Wirklichkeit. Auf den letzten Metern haben die „Krisenprotokolle“ es noch in den europäischen Digital Services Act hineingeschafft und müssen nach Inkrafttreten des Gesetzes zusammen mit den Anbietern sozialer Medien mit Leben gefüllt werden.

Es wird deutlich, dass soziale Medien nicht das eine oder andere sind – nicht per se gut oder schlecht. Als Optimisten denken wir von den großen Potenzialen her, ohne dabei die negativen Aspekte außer Acht zu lassen. Das Thema Desinformation sollte hingegen nicht nur in Wahlkampfzeiten oder Krisenlagen auf der Agenda stehen, sondern ganz allgemein einen höheren Stellenwert einnehmen. Das gilt für die Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz in der Schule sowie bei der spezifischen Ansprache älterer Menschen mit Angeboten zur digitalen Weiterbildung. Die Produzentinnen und Produzenten von Desinformation benutzen bewusst Spaltungen in der Gesellschaft und die Vertrauenskrise in demokratische Institutionen, um ihre Agenda in diesen Kontexten einzubetten und zu verbreiten. Deshalb hat der Kampf gegen Desinformation nicht nur eine technische und eine regulatorische Ebene, sondern ist verbunden mit dem Auftrag guter demokratischer und politischer Bildung. ■

Entlastungen 2022

Abschaffung der EEG-Umlage	6,6 Milliarden Euro
+ Steuerentlastungsgesetz (Arbeitnehmer-Pauschbetrag, Grundfreibetrag, Pendlerpauschale)	4,46 Milliarden Euro
+ Senkung der Verzinsung von Steuerforderungen und Steuererstattungen	2,46 Milliarden Euro
+ Kindersofortzuschlag für arme Kinder	240 Millionen Euro
+ Unterstützung von Unternehmen wegen hoher Energiekosten	(bis zu) 5 Milliarden Euro
+ Energiepreispauschale	10,4 Milliarden Euro
+ Tankrabatt	3,15 Milliarden Euro
+ 9-Euro-Ticket	2,5 Milliarden Euro
+ Kinderbonus	1,41 Milliarden Euro
+ Einmalzahlung für Transferleistungsempfänger	500 Millionen Euro
+ Heizkostenzuschuss	380 Millionen Euro
+ 4. Corona-Steuerhilfegesetz	235 Millionen Euro

= 37,335 Milliarden Euro

Mehr zu unserer
parlamentarischen Arbeit

- 🌐 fdpbt.de
- 📷 @fdpbt
- 🐦 @fdpbt
- 📘 @fdpbt

Freie
Demokraten

Fraktion im
Bundestag **FDP**